

IHR UPDATE AUS BERLIN

Abgeordneten-Newsletter: Jan-Wilhelm Pohlmann MdB



AKTUELLES AUS BERLIN

Jan-Wilhelm Pohlmann MdB

Liebe Leserinnen und Leser,

am 24. Februar jährte sich der russische Angriff auf die Ukraine zum vierten Mal. Vier Jahre Krieg in Europa – vier Jahre Leid, Zerstörung und Flucht. Dieser Jahrestag mahnt uns, wie zerbrechlich Frieden und Sicherheit sind und wie entschlossen Demokratien ihre Werte verteidigen müssen.

Die Ukraine kämpft weiterhin für Freiheit und Selbstbestimmung. Unsere Aufgabe bleibt es, sie verlässlich zu unterstützen und zugleich die Sicherheit in Europa zu stärken. Gerade in bewegten Zeiten braucht es außenpolitische Klarheit, innere Geschlossenheit und politische Stabilität.

Frieden ist keine Selbstverständlichkeit – sondern eine gemeinsame Verantwortung.

Ihr
Jan-Wilhelm Pohlmann

DIESE AUSGABE ENTHÄLT:

Seite 1:
Aktuelles aus Berlin

Seite 2:
Geheimdienste
stärken

Seite 3:
Lage der Ukraine

Seite 4:
Rheinmetall-Werk
Kassel ist Jobmotor

Seite 5:
Merz und Rhein in
Volkmarsen

GEHEIMDIENSTE STÄRKEN – SICHERHEIT GEWÄHRLEISTEN



Die aktuelle sicherheitspolitische Lage zeigt deutlich, wie entscheidend leistungsfähige Nachrichtendienste für den Schutz eines Landes sind. Das Vorgehen Israels gegen den Iran – in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten – verdeutlicht, welche operative Präzision durch exzellente Aufklärung möglich ist. Es wird klar: Ohne belastbare nachrichtendienstliche Erkenntnisse ist staatliche Sicherheitspolitik kaum handlungsfähig.

Auch in Deutschland leisten die Sicherheitsbehörden einen zentralen Beitrag zur Gefahrenabwehr. Laut Bundeskriminalamt (BKA) konnten seit 2010 insgesamt 18 größere islamistisch motivierte Anschläge verhindert werden. Hinzu kommen Bedrohungen durch Rechts- und Linksextremismus. Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich die Gefährdungslage weiter verschärft.

Die jüngsten Fälle von Spionage im Bundesverteidigungsministerium sowie die vereitelte Sabotage an der Korvette „Emden“ zeigen zweierlei: Die Bedrohung ist real – aber unsere Sicherheitsmechanismen funktionieren. Verdächtige Personen konnten identifiziert und festgenommen werden. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie trotz Sicherheitsüberprüfungen solche Vorfälle möglich waren. Eine lückenlose Aufklärung ist notwendig.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die geplante Reform der Nachrichtendienst-Gesetze an Bedeutung. Der Bundesnachrichtendienst (BND), der Militärischer Abschirmdienst (MAD) und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) arbeiten bislang auf unterschiedlichen Rechtsgrundlagen. Ziel der ND-Novelle ist es, Zusammenarbeit und Informationsaustausch zu verbessern, ohne den Schutz der Grundrechte zu vernachlässigen. Gerade in Zeiten hybrider Bedrohungen braucht Deutschland starke, gut vernetzte und rechtssicher arbeitende Dienste. Sicherheit und Freiheit sind kein Widerspruch – sie bedingen einander.



„DAS FÜNFTJE JAHR EINER DREITÄTIGEN SPEZIALOPERATION“

Den Auftakt der letzten Februarwoche bildete „Café Kyiv“, eines der bekanntesten Foren zum Austausch über die Lage in der Ukraine, organisiert von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zahlreiche Experten kamen zusammen, um die Lehren aus vier Jahren Krieg zu bündeln und die besten Lösungen für das Ende des Krieges zu suchen. Unser Bundeskanzler eröffnete die Veranstaltung und setzte damit ein sichtbares Zeichen der Unterstützung.

Am folgenden Tag jährte sich der Beginn der russischen Invasion leider bereits zum fünften Mal. Russland war mit dem Anspruch angetreten, die Ukraine politisch zu brechen, militärisch zu zerschlagen und strategisch zu isolieren. Keines dieser Ziele wurde jedoch erreicht. Stattdessen stehen unermessliches Leid, zahllose Opfer und schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf der Liste russischer Errungenschaften der letzten vier Jahre.

Im Deutschen Bundestag haben die Regierungsfractionen gleichzeitig ein klares Signal gesetzt. Mit einem gemeinsamen Antrag (Drucksache 21/4267) bekräftigen wir unsere anhaltende Solidarität und benennen zugleich zwölf zentrale Aufgaben, die wir entschlossen angehen müssen, wenn wir einen schnellen und nachhaltigen Frieden für die Ukraine und ganz Europa erreichen wollen.

Deutschland gehört zu den stärksten Unterstützern der Ukraine. Doch das Erreichte darf kein Anlass sein, nachzulassen. Deutschland und Europa stehen fest an der Seite der Ukraine auf der Grundlage gemeinsamer westlicher Werte. Gerade jetzt kommt es darauf an, den Druck auf Russland aufrechtzuerhalten und als Europäerinnen und Europäer geschlossen aufzutreten. Nur geeint kann die Europäische Union die notwendige Stärke entfalten, um einen gerechten und vor allem dauerhaften Frieden am eigenen Kontinent zu ermöglichen.



RHEINMETALL-WERK IN KASSEL IST JOBMOTER FÜR DIE GESAMTE NORDHESSISCHE REGION

Bei einem Besuch im Kasseler Werk des Rüstungskonzerns Rheinmetall konnte ich mir ein Bild von dem enormen Wachstum des Standorts machen. In den vergangenen vier Jahren hat sich die Mitarbeiterzahl von Rheinmetall in Kassel von etwa 1.100 Beschäftigten auf knapp 2.000 fast verdoppelt und soll perspektivisch weiter auf etwa 3.000 Mitarbeiter anwachsen.

Gerade in Zeiten, in denen andere Industriebereiche wie beispielsweise die Automobilbranche mit großen Unsicherheiten zu kämpfen haben, ist dies für den nordhessischen Wirtschaftsstandort eine sehr positive Nachricht.

Die Rheinmetall-Standorte sind nach wie vor primär Manufakturbetriebe, da z.B. die notwendigen Schweiß- und Elektroarbeiten noch immer einen hohen zeitlichen Aufwand am jeweiligen Einzelprodukt bedürfen. Mir ist bei meinem Besuch nochmals klar geworden, welche enormen Herausforderungen auf die Rüstungsunternehmen zukommen, wenn die Vorgaben der Politik erfolgreich umgesetzt werden sollen. Dazu gehört auch ihre zahlreichen neuen Kollegen möglichst kurzfristig und effektiv einzuarbeiten. Nur so wird es gelingen, wirklich alle Aufträge in den kommenden Jahren abzuarbeiten.

Es freut mich sehr, dass Rheinmetall viele Infrastrukturprojekte angeht, um den Kasseler Standort kurzfristig noch attraktiver zu machen. Meine ausdrückliche Unterstützung finden darüber hinaus aber auch weitere Expansionsüberlegungen von Rheinmetall in unserer Region, da der innerstädtische Standort zwangsläufig auch an seine Grenzen stößt. Zur Realisierung dieses Projektes müssen alle politischen Ebenen vom Bund über das Land bis hin zur Kommunalpolitik an einem Strang ziehen, damit Nordhessen von dem gewaltigen Potential der Rüstungsindustrie profitieren kann.



FRIEDRICH MERZ UND BORIS RHEIN LIVE IN VOLKMARSEN

Der Bundeskanzler Friedrich Merz sowie der Hessische Ministerpräsidenten Boris Rhein haben vor 2.000 Menschen in der Nordhessenhalle in Volkmarsen gesprochen.

In seiner Rede machte Friedrich Merz deutlich, dass Deutschland vor großen Herausforderungen steht: wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sichere Arbeitsplätze, eine verlässliche Energieversorgung und eine Begrenzung der irregulären Migration. Er betonte, dass wir jetzt entschlossen handeln müssen, um unser Land wieder auf Wachstumskurs zu bringen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken.

Boris Rhein unterstrich die Bedeutung einer starken Union in Hessen und im Bund. Hessen zeige, wie solide Finanzpolitik, Investitionen in Bildung und Sicherheit sowie eine enge Zusammenarbeit mit Kommunen erfolgreich umgesetzt werden können. Gerade im ländlichen Raum sei es wichtig, Infrastruktur, medizinische Versorgung und wirtschaftliche Perspektiven zu sichern.

Ein besonderer Blick galt der bevorstehenden Kommunalwahl am 15. März 2026 in Hessen. Gemeinsam warben wir für ein starkes Ergebnis, damit unsere Gemeinden handlungsfähig bleiben und wichtige Zukunftsthemen – von Kindergarten über Infrastruktur bis Gemeindefinanzen – vor Ort gestaltet werden können.

Im Mittelpunkt stand auch das Motto der CDU Hessen „24/7“. Es beschreibt unseren Anspruch, ständig für die Menschen da zu sein, ihre Anliegen ernst zu nehmen und politische Verantwortung nicht nur in Wahlkampfzeiten, sondern 24/7 wahrzunehmen.

Die große Resonanz und die vielen Gespräche am Rande der Veranstaltung haben mir erneut gezeigt, wie wichtig der direkte Austausch ist. Unser Ziel bleibt klar: Politik mit Maß und Mitte, die Leistung anerkennt, Sicherheit gewährleistet und Chancen schafft.